

## **Dr. Dieter Frielinghaus, Brüssow, Wo bleibt das prophetische Nein der Kirchen zum globalen Wirtschaftskrieg?**

Das ist der Krieg, in dem wirtschaftliche Mächte abhängig wie unabhängig von ihren nationalen Standorten gegeneinander kämpfen. Vor allem aber ist es der Krieg, in dem sie alle miteinander einig gegen den Anspruch auf Gerechtigkeit kämpfen, also gegen die Menschen. Dieser Krieg wird nicht geführt wie einer zwischen Staaten, nachdem die Versuche gütlicher oder aufgedrängter Einigung gescheitert sind. Vor diesem Krieg wie durch ihn wird keinerlei Einigung gesucht, er wird geführt, weil es keine Einigung geben soll. Seiner Absicht nach wird er geführt, bevor der Gegner sich bewaffnet hat oder es auch nur will, und er wird desto schärfer und grausamer geführt, je weniger Menschen sich wehren. Es ist der Krieg der Besitzenden darum, dass sie allein besitzen, der Krieg, der Armut will und Armut schafft – Krieg um Ungerechtigkeit, Krieg gegen die Menschen. Dies heißt Klassenkampf. Den Unterdrückten bleibt nichts, als den Kampf aufzunehmen. Sie können es nicht anders als aus der Position gänzlicher Unterlegenheit. Die Macher dieses Krieges sind so mächtig auch über die Köpfe, das sie mit der dreisten Lüge Glauben finden sogar unter den Unterdrückten: diese seien die Ursache der Gefahr in der Welt, der Ungerechtigkeit, des Terrors, des Klassenkampfes. Der globale Wirtschaftskrieg ist ökonomischer und politischer Terror gegen die Armen. Oft wird geklagt, der Hunger in der Welt komme aus fehlendem politischen Willen. Anders die Denkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen.“ Sie behauptet den guten politischen Willen der Herrschenden bei allen Mängeln, die es „noch“ gibt. Nur sei der Wille bisher nicht ausreichend in rechtliche Regelungen umgesetzt worden. Dafür kennt sie keine Schuldigen außer schwerfälliger Organisation im System der UN. Trotz 118 Textseiten lässt sie alles Konkrete beiseite.

Ich nenne nur wenige Fakten weltweiter Unterdrückung. Der Zugang zu Land und Wasser und die Kontrolle über beides liegt in den Händen „einer immer kleineren Gruppe“ (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk FIAN Sept. 2008).

Aufgrund solider Studien könnte die Weltbevölkerung auf der Basis biologischen Anbaus ernährt werden. Im Gegensatz dazu wird die bisherige Weise der Landwirtschaft systematisch zerstört durch wenige Agrarkonzerne wie Monsanto im Zusammenwirken mit Rockefeller-Stiftung, Gates-Stiftung, Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Welthandelsorganisation. Zwar ist schon allgemein bekannt, dass aus den teuren und gefährlichen Hybridsorten jeglichen Getreides kein Saatgut für die nächste Aussaat gewonnen werden kann. Aber diese Saaten werden den Bauern aufgezwungen, deren Abhängigkeit und Verarmung damit bis ins Aus getrieben wird. Z. B. wurde infolge der Explosion der Lebensmittelpreise der Reisimport auf den Philippinen so knapp, dass auch hier – wie dieses Jahr in vielen Ländern – eine Hungerrevolte bevorstand. Zur Abhilfe schloss die Regierung ein Projektabkommen über 216 Mill. \$ mit dem Internationalen Reiserforschungsinstitut. Dieses erlegt den Philippinen Produktion und Verteilung von subventioniertem Hybridreis auf ...

Die Hybridsorten verlangen großflächigen Anbau. So fielen in Indien riesige Flächen in die Hände relativ weniger Produzenten. Gegen 150 000 Kleinbauern begingen zwischen 1997 und 2005 Suizid, weil sie nie mehr aus der Schuldenfalle kommen konnten (Madras Institute of Development Studies).

Laut FAO stieg die Zahl der chronisch Hungernden von 1992 bis 2005 relativ „gering“ von 842 auf 848 Mill., dann aber 2007 auf 943 Mill., und das, obwohl in den letzten 20 Jahren die Produktion von Nahrungsmitteln schneller wuchs als die Weltbevölkerung.

Bundeskanzlerin Merkel äußerte April 2008 in Freiberg unter Bezugnahme auf 300 Mill. Inder, die jetzt eine zweite Mahlzeit einnehmen können: „Wenn die doppelt so viel verbrauchen als früher und dann auch noch 100 Mill. Chinesen beginnen Milch zu trinken, dann verzerren sich natürlich unsere gesamten Milchquoten und vieles andere.“ Sie sagte das bei Inbetriebnahme einer Anlage für Agrokraftstoff, um die Bedeutung dieser Kraftstoffe für die Preisexplosion der Nahrungsmittel herunterzuspielen.

Wir alle kennen viele Hunderte solcher Ungerechtigkeiten, nein Verbrechen. Wir können sie gar nicht im Sinn behalten, wir gewöhnen uns fast an sie. Aber dies müssen wir behalten und beharrlich rufen: Die Ernährungskrise ist das Ergebnis ökonomischen und politischen Willens!

Unsere Denkschrift weiß wohl von Ungerechtigkeit, aber schweigt von Verbrechen und Schuldigen. Die Vollendung der Welt in Gerechtigkeit und Frieden ist für sie ohnehin „Kennzeichen des Reiches Gottes, nicht einer politischen Ordnung“. Gleichwohl müsse man sich um „Verteilungsgerechtigkeit“ bemühen. Die bestehenden globalen Handelsbeziehungen und Produktionsverhältnisse zwingen die ärmeren Länder in eine unterprivilegierte Position. Dies zeige, „dass die gegenwärtige globale Lage als ein Kontext der Ungerechtigkeit bezeichnet werden muss.“ Ungerechtigkeit leider, aber ihre Ursache gilt der Denkschrift nur als „ein Kontext“ (Ziffer 92). Da müsse – man beachte die Reihenfolge – erstens jeder Mensch, „im Maß“ – man beachte die vorausseilende Exculpierung – „des ihm Möglichen und Zumutbaren zumindest“ – man beachte die Minimalisierung – „zur Verringerung von Hunger und extremer Armut beitragen.“ Zweitens müsse „diese allgemeine Hilfespflicht“ über individuelle Wohltätigkeit hinaus „zum Aufbau kollektiv verantworteter Institutionen führen“, die „möglichst vielen wirksam helfen können“ (94).

D. h., erst einmal müssen, falls wir können, du und ich heran, ehe man Banken, Industrie und Politik in die Mitverantwortung zieht. Diese werden allerdings gar nicht genannt und kommen, wenn es um den Aufbau kollektiv verantworteter Institutionen geht, nicht in die Haftpflicht. Denn das Recht auf Entwicklung verpflichtet *erstens* die Bürger der armen Länder und *zweitens* ihre Regierungen zu gerechter innerer Ordnung. Diese kann allerdings „in einem Kontext externer Ungerechtigkeit“ nicht verwirklicht werden. Wenn es das bestehende System ökonomischer Abhängigkeit selbst ist, „das zum Wohlstand der reichen Nationen auf Kosten der armen Länder beiträgt“, besteht *drittens* „auch eine kollektive Gerechtigkeitspflicht der politisch wohlgeordneten und wohlhabenden Länder der Erde, den am wenigsten begünstigten Ländern eine Ausgangsposition zu ermöglichen“, von der aus sie ihren Bevölkerungen die nötigen Grundgüter bereitstellen können. Außer dieser politischen Unterstützung muss „die vorhandene Ungleichverteilung von Machtressourcen und Gütern“ verringert werden (95).

Das nicht ausgesprochene Resümee: Sehen wir also zu, dass die so wünschenswerte „globale Rechtsordnung“ einmal zustande kommt. Hiermit ist das Äußerste an Kritik der gegenwärtigen Lage dargelegt, wozu die Denkschrift sich aufschwingt.

Selbstverständlich hatte ich anfangs die Absicht, die ganze Denkschrift hier durchzugehen und gerecht zu kommentieren. Aber es hat keinen Zweck. Die verschachtelte Diktion erkläre ich aus der Absicht, scheinbar alles zu sagen, um wirklich nichts zu sagen. Diese Sprache ist

dürr, kalt und unbarmherzig mit den Menschen, angefangen beim Leser. Die Verfasser dagegen würden sich natürlich auf Wissenschaftlichkeit berufen. Das mag zutreffen auf Stil und Methode. Sachlich aber ist es krass unwissenschaftlich, über alles hinwegzugehen, was zum Thema bereits erarbeitet worden ist. Nicht einmal die Ökumene wird herangezogen. Ihre Versammlungen mögen nicht deutlich genug geredet haben. Sie haben aber deutlichen Stimmen ein Podium gegeben.

Unser in diesem Oktober verstorbener Freund Gerhard Bassarak hat das an „Uppsala 1968“ gezeigt, in dem Aufsatz „Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in einer hungernden Welt“. Der Reformierte Weltbund hat vor wenigen Jahren das „Anti-Mammon-Programm“ beschlossen. In hiesiger reformierter Kirche wird es zwar kaum auch nur zitiert. Wie ich fürchte, ist es in vielen anderen reformierten Kirchen nicht anders. Aber eben das hätte die Denkschrift kritisieren können. Die auf größte Nähe zur römisch-katholischen Kirche bedachte EKD kennt auch in dieser Denkschrift nicht die Ordensleute für den Frieden in Frankfurt am Main, die seit nun 25 Jahren vor der Deutschen Bank demonstrieren mit den Losungen „Der Kapitalismus ist ein Unrechtssystem“ und „Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen“, denn der Anblick der „Blutspur der Konzerne“ erschüttert sie. Dass die Denkschrift, besser: die EKD von der CFK nichts weiß, wissen wir längst. Dass dies ein unkirchliches Verhalten ist, muss gerade an dieser Stelle angemerkt werden.

Die Denkschrift führt Misstände auf, zeigt aber auch bereitwillig Verständnis dafür. Bei der freilich zu großen Aufrüstung geht sie auch auf die bekannte Tatsache ein, dass die meisten durch Gewalt getöteten Menschen durch Handfeuerwaffen umkommen. Aber dass es 10.000 pro Woche sind und dass die BRD zu den größten Exporteuren von Kleinwaffen gehört, lässt sie aus. Sie erwähnt nicht den großen deutschen Lieferanten Heckler & Koch und nicht die Kindersoldaten in Afrika, die mit seinen Gewehren ausgerüstet sind. Dass der Firma dieses Geschäft möglich ist, wirft sie niemandem vor, obwohl sie beklagt, dass es leider „noch“ Fehler beim Export von Waffen gibt. Sie bedauert die Existenz von Minen und Streuwaffen, beruhigt aber mit Hinweis auf die angestrebte Lösung des Problems und wirft keinem Produzenten oder Profiteur dieser und anderer Waffen, wahrscheinlich Mitglied, vielleicht Wohltäter der Kirche, die zum Himmel schreiende Sünde verkrüppelter und zerfetzter Kinder vor.

Die Rüstungsausgaben in der Welt steigen wieder an, bereits 1,3 Billionen \$ pro Jahr, obwohl die USA laut Präsident Bush im Kalten Krieg mit Gotte Hilfe gesiegt haben. Noch und wieder gehen die USA jeweils den ersten Schritt. Sie verweigern sich der Kontrolle sogar des illegalen Waffenhandels. Sie samt ihren Willigen verbreiten die infame Lüge von der atomaren Gefahr aus dem Iran, die auch mit Krieg und notfalls atomar bekämpft werden müsse, und schweigen von den längst installierten Atomraketen Israels. Auch die Denkschrift blendet solche Details der Hochrüstung aus.

Sie verwendet keinen Gedanken daran, dass der Kapitalismus über jegliche Mittel verfügt, die von ihm angerichtete Not an Wasser, Nahrung, Bildung und medizinischer Versorgung binnen kurzer Jahre, und das unter Verbleiben des abgehobenen Wohlstands der Reichen, aus der Welt zu schaffen. Die Herren im Neoliberalismus wollen es nun einmal nicht. Der immer rasendere Sozialabbau auch in den reichsten Ländern ist gewollt, so auch die mit medialer Verhöhnung und amtlicher Schikane durchgeführte Knebelung und Auspressung der Arbeitslosen und geringst entlohnten Arbeiter (die schon das Wort „Ein-Euro-Jobber“ beleidigen soll), der Asylsuchenden und der Kinder – in der BRD wachsen 20 % der Kinder in Armut auf, eine offizielle Zahlenangabe. Kein Wort davon in der Denkschrift.

Kein Wort, obwohl sie doch fortlaufend auf rechtliche Regelungen pocht, zu dem politisch organisierten Bruch des Rechts auf soziale Gerechtigkeit, dem Bruch des Grundgesetzes, des Völkerrechts. Dazu verweise ich wenigstens auf Jugoslawien und dann Serbien.

Zu den bangen Hoffnungen auf Gerechtigkeit gehören die Mühen lateinamerikanischer Länder um Brot, Recht und Unabhängigkeit. Geradezu vorbildlich die Leistungen Kubas für Menschenrechte in vielen Ländern, ohne Abhängigkeiten zu schaffen. Erschütternd das Jahrzehnte währende Unrecht von außen, unter dem das Land dennoch vorankommt. Beschämend die offiziöse Häme und offizielle Verleumdung Kubas auch aus unserem Lande. Kein Thema der Sorge für gerechten Frieden unter Berufung auf das eigene Leben aus Gottes Frieden für unsere Denkschrift.

Sie spricht sich selbstverständlich für das Bestreben aus, die Demokratie der „wohlgeordneten“ Länder, also unsere, den Entwicklungsländern zu bescheren. Es schert sie nicht, dass die Agenda-2010-Politik und die Entsendung der Bundeswehr in ferne Länder von der großen Mehrheit der Bevölkerung verworfen wird; dass der von den Franzosen, den Niederländern und den Iren demokratisch abgelehnte und bei den übrigen Mitgliedsländern erst gar nicht zur Abstimmung gestellte EU-Vertrag weiter vorangetrieben wird.

Wozu ist diese Denkschrift denn da? Von den Mitgliedern der Kirche will sie nicht gelesen sein. In den kirchlichen Sonntagsblättern wird sie spärlich erwähnt, nicht zitiert. Geschrieben ist sie zur Kenntnisnahme durch die Kommandeure des globalen Wirtschaftskrieges: Wir sind und bleiben im Klassenkampf auf eurer Seite. In vollem Ernst will sie also keine Gerechtigkeit und keinen Frieden für die Armen. Selbst das Richtige in ihren Ausführungen wird, den Kriegern ans Herz gelegt, gefährlich für die Gerechtigkeit und den Frieden. Und was sie aus der Heiligen Schrift beibringt, gerät zur Lästerung. „Denn eurethalben wird der Name Gottes gelästert unter den Heiden, wie geschrieben steht“ (Röm 2,24), und auch unter den Christen. Denn für diese lautet die Botschaft der Denkschrift: Wir wissen bescheid, wir haben alles gesagt, habt Vertrauen zu uns und seid ganz still.

Wo bleibt das prophetische Nein der Kirchen? Wir müssen es von den Synoden und Kirchenleitungen und auch von so einer Denkschrift verlangen, haben es da aber nicht zu erwarten. Die Propheten in der Bibel wagen es, Gottes Wort zu rufen *gegen* – gerade das ist ihr Amt – Priester, Schriftgelehrte, Pharisäer, Könige und nicht zuletzt gegen diejenigen Propheten, die ihrer Zeit als die fraglos wahren galten, während unsere Schriftpropheten als die fraglos falschen verfolgt würden. Die anerkannten und doch falschen Propheten waren angestellt, um – das war ihr Amt – den Oberen zu versichern: Ihr macht es soweit richtig, ihr seid gut, und das schärfen wir auch dem Volke ein. Mit Worten der Weisung Gottes verwarfen sie bequemerweise die Weisung.

Wo finden wir das prophetische Nein der Kirche zu dem heute herrschenden globalen Wirtschaftskrieg? Die Frage geht an uns selber. Sonst steht uns keine Kritik zu an alledem, was ich gerade lang und breit und doch nicht gründlich und scharf genug kritisiert habe. Es ist auf ein wenig beachtetes, selten bis gar nicht gepredigtes Kapitel zu achten, 1. Kor 14: „Trachtet nach der Liebe! Bemüht euch um die Gaben des Geistes, am meisten aber um die Gabe der *prophetischen* Rede!“ (V 1) Luther übersetzt „*weissagen*“, eigentlich gut, nur klingt das Wort für uns mittlerweile zu geheimnisvoll. Die (bisherige) Zürcher Bibel liest „*aus Eingebung reden*“, das ist eher schlechter, denn es lenkt ab von der gemeinten Aktualität. „Prophetisch reden“ ist die wörtliche Übersetzung. Die Revision der Lutherbibel von 1984 hat sie übernommen.

Nach Paulus ergeht das prophetische Wort nicht ausschließlich aus der besonderen Berufung einzelner, sondern es ist jeder und jedem in der christlichen Gemeinde aufgetragen. Wohl gibt es ganz verschiedene, viele Gnadengaben, und die eine hat diese, der andere jene. Aber die Gabe der prophetischen Rede sollen alle haben. Sie wird gebraucht, um die Liebe zu den Menschen unter den jeweiligen Umständen zu verwirklichen. Sie baut die Gemeinde auf, damit sie Menschen aufbaue. Sie ist eindeutig wie ein gut geblasener Trompetent, wer wird sich sonst zum Kampfe rüsten? Sie richtet sich verpflichtend an die Gläubigen. Durch die vielen wird sie zum Gespräch in disziplinierter Reihenfolge, das zu bestimmter Tat befähigt und verpflichtet. Es gibt bessere, weil treffende prophetische Rede und schlechtere, aber nützlich beim gemeinsamen Suchen. Es sind aber „die Geister der Propheten den Propheten untertan. Denn Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens“ (V 32 f.).

Solche prophetische Rede durch die Glieder am Leibe Christi ist unverzichtbarer Teil der Versammlung der Gemeinde, also des Gottesdienstes. Es handelt sich nach dem Hören der Verkündigung um die einfache, selbstverständliche Frage: Was sollen wir nun also tun? Denn warum sonst hören wir die Verkündigung?

Daraufhin werfen wir noch einen Blick auf die Bergpredigt. Da ist die Volksmenge, und da ist Jesus mit den Jüngern. Da ist kein Vertreter des Tempels noch des Hofes. Zu der Menge der Armen aber und, sie ihnen zeigend, zu den Jüngern spricht Jesus: „Selig sind, die da geistlich arm sind, denn ihrer ist das Himmelreich.“ Nur eben angemerkt: „Himmelreich“ heißt für Jesus nicht irgendwann später und anderswo. Und die geistlich Armen sind die, über welche die Priester unerschütterter wissen: „Das Volk, das vom Gesetz Gottes nichts weiß, verflucht ist es“ (Joh 7,49). Das sind die, denen der Herr die Erde verheißt, denen er die Gerechtigkeit, die Barmherzigkeit, den Frieden und das Leiden darüber zutraut und anvertraut. Und er sagt diesen Frauen und Männern: Sie werden Söhne Gottes heißen – wie Er selber. Sie sind es, an die er seine Jünger bindet. Es ist die andere Seite im Klassenkampf. Dem dient das prophetische Wort zum Tage, das uns aufgetragen ist: das Nein der Gemeinde zum globalen Wirtschaftskrieg, das Ja zum Machen des Friedens in Gerechtigkeit zusammen mit diesen Menschen.

(gehalten am 8. 11. 2008 auf der Jahresversammlung der Christlichen Friedenskonferenz CFKiD in Berlin).